

## Sehr geehrte Mitglieder!

Im Folgenden möchten wir Sie kompakt über ausgewählte Ereignisse in der Europäischen Union informieren. Dieser Nachrichtenüberblick gliedert sich wie folgt:

- ✓ Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt
- ✓ Soziales, Bildung und Beschäftigung
- ✓ Gesundheit
- ✓ Medien und Kommunikation
- ✓ Verkehr und Umwelt
- ✓ Energie

Für weitere Informationen folgen Sie bitte den angeführten Links. Im Falle von Rückfragen und Wünschen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Herzlichst,

Ihr VÖWVG-Team

30.01.2012

## EU-Nachrichten im Überblick

### WIRTSCHAFT, FINANZEN UND BINNENMARKT

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat die [Einführung einer Finanztransaktionssteuer](#) von 0,1 Prozent angekündigt. Ab August 2012 soll die neue Regelung für alle Unternehmen mit Sitz in Frankreich gelten (30.01.2012).

Die Fluglinie [Spanair hat Ihren Flugbetrieb eingestellt](#). Die seit längerem wirtschaftlich angeschlagene viertgrößte Fluglinie Spaniens meldete Insolvenz an. Hauptanteilseigner des Unternehmens ist die Region Katalonien (28.01.2012).

Die Ratingagentur Fitch hat ihre Ankündigungen wahr gemacht und [die Bonität von fünf Euroländern herabgestuft](#). Die [Märkte nehmen diese Entwicklung entspannt](#) auf. Unterdessen werden die Vorarbeiten zur [Etablierung einer europäischen Ratingagentur](#) konkret, diese soll bereits 2013 ihre Arbeit aufnehmen (28.01.2012).

Die aktuelle wirtschaftliche Unsicherheit wirkt sich auf das Konsumverhalten der VerbraucherInnen sehr unterschiedlich aus. Während in Italien das [Verbrauchervertrauen auf einem 16-Jahres-Tief](#) verharrt, verbessern sich die Indizes in den USA, [Deutschland und Frankreich](#) (26.01.2012).

Die Deutsche Post muss gemäß einer Entscheidung der Europäischen Kommission bis zu [1 Mrd. Euro an nicht mit dem Binnenmarkt vereinbaren Beihilfen zurückzahlen](#) (25.01.2012).

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) sieht die starke Exportorientierung und damit verbundene Lohnzurückhaltung der deutschen Wirtschaft als [Mitgrund für die Wirtschaftskrise](#) (24.01.2012).

Im Zuge der Verhandlungen um einen [Schuldenschnitt privater Gläubiger](#) hat Griechenland einen öffentlichkeitswirksamen Vorstoß gewagt: Mit einer [„Liste der Schande“](#) wurden die Namen von mehr als 4.000 Steuersündern veröffentlicht, die dem griechischen Staat insgesamt rund 15 Milliarden Euro schulden (24.01.2012).

IWF-Chefin Christine Lagarde fordert [eine Ausweitung des Euro-Rettungsschirms](#) auf eine Billion Euro. Damit unterstützt Sie die Forderungen Italiens und Spaniens, die von der Maßnahme eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage erhoffen. In ihrer Rede am WEF in Davos warnt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel daraufhin vor einer [finanziellen Überforderung Deutschlands](#) (23.01.2012).

## SOZIALES, BILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG

Der [EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs diskutiert die Ausweitung des Rettungsschirmes ESM und und die Etablierung eines Paktes für Wachstum und Beschäftigung](#). Von den Beschlüssen sollen Impulse für eine Belebung des Wirtschaftswachstums ausgehen um die andauernden Sparprogramme in den Eurostaaten zu flankieren (30.01.2012).

Die Europäische Kommission strebt an, nicht genutzte Mittel aus den [Strukturfonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit](#) einzusetzen (26.01.2012).

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes bekräftigt die Rechtmäßigkeit von mehrfach [verlängerten befristeten Arbeitsverträgen](#) (26.01.2012).

## VERKEHR UND UMWELT

Die österreichische Bundesregierung hat eine Verlängerung der [Förderungen thermischer Sanierungen für den privaten Wohnbau und Betriebe](#) angekündigt. Bis 2014 sollen insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung stehen (27.01.2012).

Die Europäische Kommission sieht derzeit keine Notwendigkeit für weitere Umweltgesetzgebung zur [Regulierung der Exploration von Schiefergas](#). Auch in Österreich wird die Möglichkeit der [Förderung des beträchtlichen Schiefergas-Vorrats in Niederösterreich](#) heftig diskutiert (27.01.2012).

Nach einer unveröffentlichten Folgenabschätzung der Europäischen Kommission ist [Biodiesel umweltschädlicher als herkömmlicher Sprit](#).

Ein [Vergleich verschiedener Ökostromtarifen in Deutschland](#) der Stiftung Warentest zeigt, dass lediglich zwei Drittel der untersuchten Tarife tatsächlich mehr Nutzen für die Umwelt bringen. (26.01.2012)

Das Institut für Europäische Umweltpolitik (EIIP) [bewertet in einer aktuellen Studie die Möglichkeiten für eine proaktive Entwicklung europäischer Umweltpolitik eher zurückhaltend](#). Eine einseitige Fokussierung auf die Wirtschafts- und Finanzkrise konterkariere die Bemühungen (26.01.2012)

[Das Europäische Parlament hat die Elektroschrott-Richtlinie \(WEEE\) verabschiedet](#). Damit wird die Entsorgung von Kleinschrott wie Mobiltelefonen oder Haushaltsgeräten neu geregelt. (23.01.2012)

## MEDIEN UND KOMMUNIKATION

Die Europäische Kommission hat einen [Vorschlag zur Vereinheitlichung des Datenschutzes in Europa](#) vorgelegt. (25.01.2012)

Die [deutsche Regierungskoalition kann sich weiterhin nicht auf eine Neuregelung der vom Bundesverfassungsgerichts gekippten Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung einigen](#). Die Europäische Kommission warnt weiterhin vor der Eröffnung eines Vertragsverletzungsverfahrens wegen Nichtumsetzung der Richtlinie. Auch in [Österreich gibt es Widerstand gegen die Umsetzung](#) der Bestimmungen, die mit 1. April 2012 in Kraft treten sollen. (27.01.2012)

Das internationale Abkommen gegen Raubkopien und Produktpiraterie (ACTA) wurde in Tokio von der [Europäischen Kommission und 22 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet](#) (26.01.2012)

## GESUNDHEIT

Im Rahmen der geplanten Änderung der Richtlinie über Berufsqualifikationen soll auch die [allgemeinmedizinische Ausbildung harmonisiert werden](#). Die Europäische Kommission tritt unter anderem für eine Verkürzung der Mindeststudienzeit auf fünf Jahre ein (27.01.2012).

Nach dem Skandal um gesundheitsschädliche Brustimplantate will die Europäische Kommission eine [Reform der Richtlinie über Medizinprodukte auf den Weg bringen](#) (23.01.2012).

## ENERGIE

Ein Gutachten des Öko-Instituts beurteilt [den Ausbau von Elektromobilität nicht als Beitrag zum Klimaschutz](#) (30.01.2012).

Die EU hat sich auf ein [Einfuhrverbot für iranisches Öl](#) geeinigt. In Kombination mit Sanktionen für die iranische Zentralbank soll damit der Druck auf Teheran erhöht werden, die Verhandlungen über sein Atomprogramm wieder aufzunehmen. Kurzfristige [Auswirkungen auf den Ölpreis](#) sind nach [Ansicht von ExpertInnen](#) nicht auszuschließen (23.01.2012).